



Antworten Bündnis gegen Armut + Wohnungsnot Tirol

05. September 2022

Frage 1

Wenn leistbares Wohnen zum Problem wird, ist das ganze Leben eines. Bei der SPÖ steht das Thema Wohnen ganz oben auf unserer politischen Agenda. Unsere klare Zielformulierung lautet: Wohnen darf nicht mehr als 25 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen. Damit das gelingt, braucht es jetzt klare Antworten auf die massiven Fehlentwicklungen am Tiroler Wohnungsmarkt - Antworten, die die schwarz-grüne Landesregierung bis heute schuldig geblieben ist und die wir als SPÖ in Tirol haben.

In unserem Wahlprogramm für die Landtagswahlen am 25. September haben wir ein Paket mit insgesamt 33 Maßnahmen vorgelegt, die alle darauf ausgerichtet sind, den Wohnungsnotstand in Tirol zu entschärfen und Wohnen langfristig für alle leistbar zu machen. In diesem Sinne fordern wir insbesondere die gesetzliche Verankerung eines Mindestmaßes an leistbarem Wohnraum in jeder Gemeinde in Form von Gemeindewohnungen oder wohnbaueingeförderten Wohnraum, einen generellen Stopp für Investorenbauten, ein neues einfaches und transparentes Universalmietrecht, strenge und empfindliche Strafen für Mietwucher und eine echte Leerstandsabgabe, die verhindert, dass verfügbarer Wohnraum ungenutzt bleibt.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine faire Mietpreisvalorisierung ein. Konkret soll die Anpassung der Mieten nicht an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex gebunden sein, sondern sich an den realen Lohn- und Pensionsanpassungen orientieren.

Wir sind davon überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen viele aktuelle Probleme abfedern können. Genau das müssen wir heute dringend tun. Insofern sind sie für uns dringender Bestandteil der Regierungsarbeit.

Frage 2

Armut ist ein gesellschaftliches, kein individuelles Problem. Die massive Teuerung in allen Lebensbereichen stellt heute viele Menschen - trotz harter Arbeit - vor finanzielle Herausforderungen. Wenn wir heute nicht politisch gegensteuern, droht eine regelrechte Armutswelle, die es unbedingt zu verhindern gilt.

Aus diesem Grund lehnen wir die „Sozialhilfe Neu“ ab und bekennen uns zum System der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Wie diese Bezeichnung schon ausdrückt, muss es darum gehen, bei Bedarf das Mindeste zu sichern. Die von Schwarz-Grün beschlossene Verschlechterung muss rückgängig gemacht werden, Bestandteile wie die Wohnkostenverordnung regelmäßig an praxisnahe Werte angepasst und die Mindestsicherung als niederschwelliges Auffangnetz ausgebaut werden.

In Bezug auf Sozialleistungen braucht es eine regelmäßige Indexierung. Auch müssen Einkommensgrenzen laufend evaluiert werden, wie gerade die aktuelle Teuerung zeigt.



Speziell in Bezug auf die momentane Rekordinflation fordern wir als SPÖ in Tirol neben den notwendigen Maßnahmen zur Entspannung des Wohnungsmarktes die Einführung von Preisdeckeln beim Sprit, beim Strom und beim Heizen sowie eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Allgemein wollen wir Armut verhindern, bevor sie entsteht.

Neben den bestehenden Strukturen, die z.B. mit langfristigen Förderverträgen entsprechend abgesichert gehören, wollen wir auch die vielen ehrenamtlichen und gemeinnützigen Initiativen für die Unterstützung von Menschen, die von Armut betroffen sind, in unserem Land stärken und sie mit mehr finanziellen Mitteln ausstatten. Viele Tirolerinnen und Tiroler leisten einen uneigennütigen Beitrag, um Menschen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können. Diesen Menschen gebührt deutlich mehr Anerkennung und Wertschätzung.

Frage 3

Für uns ist völlig klar: Wenn jemand medizinische Versorgung braucht, muss diese gewährleistet sein. Aktuell sehen wir in vielen Bereichen, dass unser Gesundheitssystem überlastet bzw. von Überlastung bedroht ist. Diese Entwicklung müssen wir ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen setzen, damit die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle auch in Zukunft verfügbar und leistbar bleibt. Das derzeitige Wahlarztsystem sehen wir vor diesem Hintergrund kritisch und fordern im Sinne der strukturellen Absicherung der medizinischen Versorgung eine umfassende und tiefgreifende Debatte über die Kosten-, Bezahlungs- und Entlohnungsstruktur in diesem Bereich.

Um die wohnortnahe und verlässliche Versorgung auch in Zukunft gewährleisten zu können, müssen wir uns dem flächendeckenden Problem des Kassenärztemangels politisch stellen. Die Politik ist hier gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern und der Ärztekammer gefordert, tragfähige Konzepte zu entwickeln, um den Beruf Kassenarzt wieder attraktiver zu machen.

Aus unserer Sicht ist jedenfalls eine massive Entlastung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte im Bereich der Administration und der Dokumentation notwendig, die einerseits durch bessere Regelungen, andererseits durch Digitalisierung und Automatisierung erreicht werden kann. Darüber hinaus sehen wir in der verstärkten Kooperation von Ärztinnen und Ärzten eine mittel- und langfristige Möglichkeit, den Versorgungsanforderungen zu entsprechen und trotzdem flexible Arbeitszeitmodelle zu realisieren. Derartige Kooperationen sollten aus unserer Sicht politisch forciert und - insbesondere in strukturschwachen Regionen - intensiv gefördert werden. Letztlich halten wir auch die gezielte Unterstützung von Studierenden sowie von jungen Ärztinnen und Ärzten, die sich für die Arbeit in abgelegenen Regionen als so genannte LandärztInnen begeistern, für einen sinnvollen und praktikablen Ansatz, der verstärkt angegangen werden muss.

Rückfragehinweis

SPÖ Tirol - Pressereferat
Salurnerstraße 2, A 6020 Innsbruck
Telefon: +43 512 5366
presse@spoe-tirol.at | www.spoe-tirol.at